

Verfassungsprinzipien vs. Internetrealitäten

Alexander Koop, Christina Tillmann, Ole Wintermann

Berlin, 28.8.2009

Zentrales Thema dieser Session:

Verwaltung und E-Partizipation: Konflikte und unentdeckte Chancen

1. Wie könnten Rahmenbedingungen für Partizipation verbessert werden?
2. Wie könnten E-Partizipationsformate an Verwaltungsrealitäten angepasst werden?

Hürden und Hemmnisse

1. Horizontale und vertikale Verteilung von Zuständigkeiten
 2. Bürokratie (Schriftform) vs. Responsivität
 3. Interessenvertretung vs. direkte Beteiligung, Grenzen des repräsentativen Systems
 4. Kosten und Nutzen von Beteiligung
 5. Der Souverän als „Berater“
-
6. Desinteresse der Bürger/ Erreichbarkeit
 7. Datenschutz und –sicherheit
 8. Kompetenz im Umgang mit Internet/Beteiligung

1. Hemmnis: Horizontale und vertikale Verteilung von Zuständigkeiten

- Bürger interessiert das Problem/die Lösung und nicht die Zuständigkeit (siehe Bildungsdebatte)
 - Mehrebenenzuständigkeit ist aber Verwaltungsrealität
 - Vertikal: zwischen EU, Bund, Land, Kommunen; insb. Gesetzgebung und Vollzug
 - Horizontal: verschiedene Ressorts, Behörden, Abteilungen bis hin zu Sachbearbeitern
-
- Folgen:
 - Beteiligungsangebot werden nur stark eingeschränkt angeboten oder in Bereichen mit weitreichender eigener Zuständigkeit umgesetzt
 - Ergebnisse „versacken“ aufgrund fehlender/unklarer Zuständigkeit

2. Hemmnis: Bürokratie vs. Responsivität

- Bürger möchten mit Verantwortlichen direkt, zeitnah und ergebnisorientiert kommunizieren
- Internet als Medium verstärkt Responsivitätserwartung immens
- Sachlich Zuständige dürfen nicht für das Ministerium sprechen

Folgen:

- selten direkte Dialogformen
- Angebot erscheint für Bürger nicht authentisch
- Wegen Dienstweg lange Antwortzeiten der Verwaltung
- Rückmeldungen wenig klar und oft „verklausuliert“ formuliert

3. Hemmnis: Interessenvertretung vs. direkte Beteiligung

- Historisch: korporatistische Strukturen
- Heute: immer weniger Bürger organisieren sich in dieser Form

Folgen:

- Verbände und Fachkreise haben nur tradierte Beteiligungsrechte
- Verwaltung geht daher zurückhaltend mit direkter Beteiligung um

4. Hemmnis: Kosten und Nutzen von Beteiligung

- Beteiligung erzeugt kurzfristigen Mehraufwand
- langfristiger Nutzen lässt sich schwerer quantifizieren
- Ressourcenaufwand für traditionell nicht vorgesehene Beteiligung schwer zu rechtfertigen

Folgen:

- viele Projekte werden derzeit sehr fragmentiert finanziert
- dann aber noch mehr unklare Zuständigkeiten und Verwertbarkeit
- Etablierung kann ohne eigene Ressourcen nicht erfolgen

5. Hemmnis: Der Souverän als „Berater“

- die Bürger sind in Deutschland als „Letztentscheider“ nicht vorgesehen
- direkte Bürgerbeteiligung kann tradierte Rollen aushebeln
- Vorwurf daher oft: Internet ist manipulierbar und – solange direkte Demokratie ungewohnt ist – der Bürger auch

Folgen:

- Verfassungsprinzipien und Internetrealität treffen aufeinander
- wirkliche Deliberation wird bisher vermieden
- Gefahr: Alibi-Partizipation untergräbt demokratische Autorität/Legitimation!

**Abschließende Frage:
Wie könnten Politik, Verwaltung und tradierte
Interessenorganisationen mit der Internetrealität positiv
umgehen?**



| Bertelsmann Stiftung

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Weitere Profile finden Sie unter [facebook.de](https://www.facebook.com/bertelsmannstiftung) und [xing.de](https://www.xing.com/profile/bertelsmannstiftung)